

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und in durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf., Postgebühren Nr. 7745.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Insertionsgebühren: Betrag für die erste Seite 20 Pfennige, für Fortsetzung und Fortsetzungen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 126.

Donnerstag, den 2. Juni 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Unsere Waffen gegen den Freisinn.

III.

Wie jämmerlich es mit dem „Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung“ bei den Freisinnigen aussieht, erweist auch das Verhalten freisinniger Stadtverwaltungen gegen städtische Arbeiter. Auch hier marschirt die Reichshauptstadt Berlin voran. Bisher sind fast alle, auch die bescheidensten, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sich bewegenden socialdemokratischen Anträge vom freisinnigen Magistrat wie von den gleichfalls freisinnigen Stadtverordneten Berlins abgelehnt worden. So das beantragte Verbot der Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern auf den der Stadt Berlin gehörenden Feldern, obwohl die Thatsache, daß diese Kinder, nachdem sie Vormittags 4 bis 5 Stunden lang Feldarbeiten verrichten müssen und zwar gegen einen Tagelohn von 20 Pfennigen, jeden Menschenfreund empören muß. Der Berliner Communalfreisinn stellte sich gegenüber dieser verwerflichen Ausbeutung widerstandsunfähiger Schulkinder auf den Standpunkt, daß den Eltern das Recht, ihre Kinder gewerblich auszubenten, unter keinen Umständen genommen werden dürfe.

Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter ist von den Berliner Socialdemokraten mehrfach erfolglos beantragt worden und ebenso wurde, abgesehen von vielem Anderem, der socialdemokratische Antrag auf Errichtung einer Pensionskasse für arbeits- respective dienstunfähig gewordene langjährige städtische Arbeiter und Angestellte von den freisinnigen Stadtvätern Berlins abgelehnt. Ein solches Verhalten — das übrigens auch in manchen anderen sogenannten freisinnigen Stadtverwaltungen geübt wurde — giebt treffliche Gelegenheit, auch die Bedeutung der freisinnigen Programmforderung: „Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu socialen Musteranstalten“, nach ihrem wahren Werthe zu würdigen. Auch hier wie in der ganzen freisinnigen „Socialreform“ nichts weiter wie inhaltslose Phrase.

Wie sich die Freisinnigen die Vertheidigung der Freizügigkeit, eines weiteren volksparteiichen Programmpunktes, denken, haben sie vor Kurzem erst im preussischen Abgeordnetenhaus gelegentlich des freien Angriffes der vereinigten Linken und Centrumsmänner auf dieses Volkrecht gezeigt. Kein Wort der Vertheidigung der Freizügigkeit aus freisinnigem Munde hat damals die Welt gehört, so daß selbst die demokratisch-freisinnige „Berliner Volkszeitung“ erklärte, daß man im Lande eine solche Enthaltenspolitik bei der Discussion über eine Lebensfrage des Volkes nicht begreifen werde, um so weniger, als selten eine bessere Gelegenheit gewesen sei, die maßlose Begehrlichkeit und unerhörte Volkseindlichkeit des Agrarierthums in vernichtender Weise zu beleuchten. Und mit treffender Bosheit frag das Blatt, ob etwa sämtliche freisinnigen Abgeordneten während der Freizügigkeitsdebatte mit der Abfassung von Flugblättern — gegen die Socialdemokratie beschäftigt waren. Herr Richter antwortete darauf, daß er anderweit beschäftigt gewesen sei; die anderen 19 freisinnigen Abgeordneten antworteten gar nicht. Große Schweiger! Und weshalb? Man trieb ein wenig Wahlpolitik — galt es doch, die Groß- und Mittelbauern, die noch freisinnig wählen, aber unter dem Gerinde- und Landarbeitermangel ebenso leiden, wie ihre conservativen Berufsgenossen, nicht vor den Kopf zu stoßen! Es ist überaus bezeichnend für die Gesinnungstüchtigkeit

des Freisinn, daß er, um einige Tausend wohlhabende Bauern bei seiner Fahne zu halten, leichtfertig die Interessen von Hunderttausenden Landproletariern preisgibt. Uebrigens zeigt sich dasselbe Bild bei der Frage der Gesindeordnungen, die der Freisinn keineswegs einfach aufheben will, wie es sein angeblicher Demokratismus doch erforderte, sondern die er, wie es sein Programm befragt, „zeitgemäß regeln“ will. Hat der Freisinn doch sogar die bei der Verathung des Bürgerlichen Gesetzbuches gebotene Gelegenheit zur Beseitigung der empörenden Gesindeordnungen unter ganz unbilligsten Umständen ungenutzt vorübergehen lassen! Warum das? Auch hier steht dem Freisinn wieder das Interesse einer Handvoll freisinniger Groß- und Mittelbauern höher, wie das Interesse von Hunderttausenden geknechteter Landproletarier! Hoffentlich begreifen die Knechte und Tagelöhner besonders des Ostens endlich, wie wenig der Freisinn geeignet ist, ihre Sache zu führen.

Mit dem hier flüchtig Ausgeführten ist das Sündenregister der Freisinnigen keineswegs erschöpft. So hat noch die letzte „postive“ Leistung des Reichstags, die Verabschiedung der sogenannten Militärstrafprozessreform, das Sündenregister des Freisinn um eine artige Nummer vermehrt. Wenn die freisinnige Volkspartei ihre Zustimmung zu diesem schwächlichen gesetzgeberischen Machwerk damit zu verteidigen sucht, daß sie den Werth der wirklich lächerlich geringfügigen Verbesserungen der Militärstrafprozessordnung hervorhebt, während sie die erheblichen Verschlechterungen, die das neue Gesetz sowohl im Ganzen wie für Bayern besonders herbeiführt, geflissentlich verschweigt oder verkleinert, so wird ihr die große Masse des Volkes gewiß nicht auf diesem Wege folgen. Und das vor Allem auch darum nicht, weil nunmehr auf viele Jahre hinaus die Möglichkeit einer weitgehenderen Reform vereitelt ist, indem die Machthaber sich auf die erst kürzlich vorgenommene „Reform“ hinausdrücken werden, während wenn mit Hilfe der Freisinnigen der Wechselbalg „Militärstrafprozessreform“ jetzt beseitigt worden wäre, eine baldige, bessere Lösung nicht umgangen werden konnte. Die Erklärung für das gegen das Volksinteresse gerichtete Verhalten der Freisinnigen in dieser Frage findet man freilich wohl am sichersten, wenn man sich erinnert, daß auch die Wassersticker hin und wieder ebenso gern einmal nach „oben“ schießen, wie die Wabelkrümpfer. Während der Freisinn gar sehr entrüstet ist, wenn von conservativer Seite versucht wird, die Person des Monarchen für conservatieve Parteibestrebungen in Anspruch zu nehmen, sucht derselbe Freisinn doch gar eifrig die Gunst des Monarchen und haucht, wie manche Beispiele erweisen, irgend eine Aeußerung, eine Geberde des Herrschers, die sich im „liberalen“ Sinne verwerthen ließe, zu einer Staatsaction auf, kriecht auch, wenn Zeit und Umstände das nöthig und nützlich erscheinen lassen, ebenso bedientenhaft im Staube vor dem Monarchen, wie das conservatieve Lakenentum, das die monarchische Treue in Erbpacht hat — solange sie etwas einbringt.

Gewiß läßt sich das Bild unseres demokratischen Freisinn noch mit vielen weiteren kleinen und großen Strichen charakteristisch ausgestalten. Man vergegenwärtige sich nur den „Heldenmuth“ gewisser Berliner Freisinnigen gelegentlich der Halbjahrhundertfeier der Märzrevolution. Man denke nur an die famosen Bündnisse der Freisinnigen in Elberfeld, Frankfurt a. M. und anderswo mit Liberalen und Conservativen zu dem ausgesprochenen Zweck, den Socialdemokraten das Reichstagsmandat abzunehmen. Wie bezeichnend sind demgegenüber nicht die Vorwürfe, die Eugen Richter gegen uns deshalb erhebt, weil wir in vielen Kreisen die Freisinnigen

aus der Stichwahl mit den Conservativen verdrängen und dadurch letzteren zum Siege verhelfen — heileibe nicht infolge der Jämmerlichkeit seiner Freisinnsmänner, deren Socialistenfurcht so groß ist, daß sie lieber einen exreactionären Junker, als einen „rothen Theiler“ wählen, ja bi, wie im Wahlkreise Weiskens-Raumburg, eine ganz aussichtslose freisinnige Candidatur aufstellen nur zu dem ausgesprochenen Zweck, den Socialdemokraten nicht im ersten Wahlgange gegen den Agrarier siegen zu lassen.

Was verschlägt im Vergleich zu dem vorher Gesagten die weitere Thatsache, daß der Freisinn vielfach ebenso eifrig darauf aus ist, den Socialdemokraten die Versammlungslocale abzutreiben, wie die Conservativen e tatti quanti? Kann das Bild des Freisinn noch häßlicher gestaltet werden durch die Thatsache, daß in Preußen, speciell in Schlesien, die Freisinnigen mit sammt ihren Blättern den ärgsten politischen Drangsalirungen derjenigen Wirthe, die ihre Lokale für socialdemokratische Versammlungen hergeben, mit schreiendem Behagen zusehen, kein Wort des Tadelns finden, selbst gegenüber Polizeiverwaltungen nicht, die von freisinnigen Stadtverordneten eingekerkert und diesen für ihr Treiben verantwortlich sind? Ist nicht eine Schilderung des Verhaltens unserer bayerischen Freisinn, der z. B. in Nürnberg gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen das Vereinsgesetz in rigorosster Weise auslegt, im Landtage zusammen mit den Bauernblündern für Schöpfung der Getreidezölle, Verdoppelung der Viehzölle u. dgl. m. nach all dem schon Dargelegten zur Charakteristik unseres Freisinn in Nord und Süd, Ost und West schon ganz entbehrlich? Gewiß, es mag genug sein des grausamen Spiels — es fehlt im gegenwärtigen Wahlkampfe der Socialdemokratie wirklich nicht an guten, schneidigen Waffen, den Freisinn dort, wo wir ihn bekämpfen wollen und müssen, zu treffen und zwar tödtlich zu treffen!

Das gefährdete Reichstagswahlrecht.

Zur Wahlrechtsfrage berichtet das nationalsocialistische Wochenblatt „Die Hilfe“ anknüpfend an die Andeutungen der H. geordneten Müller-Gulda und Dr. Bachem: Uns ist in diesem Zusammenhang „aus sehr guter conservativer Quelle“ der Name eines hohen, einflussreichen bayerischen Beamten und Bundesratsbesolllmächtigten genannt worden, der im Jahre 1893 bereits eine für die Wahlrechtsfrage wichtige Vorstudie vorgelegt hat.

Zur Reichstagswahlrecht... Verpflichtung, die allem Eered ein Ende machen würde, nun und nimmer an eine Abänderung des Reichswahlrechts zu denken, kann und darf die Regierung gar nicht auf sich nehmen.“ — Eben darum sind die Wähler verpflichtet, keine Abgeordneten zu wählen, die nicht volle Gewähr geben für die Aufrechterhaltung des Reichswahlrechts.

Wie Studiosus Miquel über das Wahlrecht

vor fünfzig Jahren dachte, ergibt sich aus einer „zeitgemäßen Pfingsterinnerung“ der Saalezeitung.

Das Blatt druckt mehrere Adressen an die Frankfurter National-Versammlung ab, die unter dem Vorsitz des Studiosus Miquel aus Göttingen in Studenten-Versammlungen in Eisenach am 13. Juni 1848 angenommen wurden.

In der ersten Adresse heißt es: „Der Gesamtstaat constituirt sich als Republik... Wir protestiren gegen die Erwählung eines Kaisers, denn wir wollen die Freiheit unseres Staates nicht in die Gewalt eines Fürsten gegeben sehen...“

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.
Uebersetzt von Dr. G. Rosa.
(In Buchform erschienen bei J. Neuberger & Co., Berlin.)

Marguerite und Clara lachten laut auf, während Madame Fréberic ungläubig das Haupt schüttelte. Immer und immer ihr Bruder! Das war doch zu bumm!

Wozu sollte sich Denise wehren? Wozu sich hier aufdrängen, wo Niemand sie liebte? Und sie ging ohne ein Wort zu sagen, sie warf nicht einmal noch einen letzten Blick auf diesen Salon, der so lange der Schauplatz ihrer Kämpfe gewesen. Doch plötzlich dachte sie an Mouret. Nein, sie durfte sich eine solche Entlassung nicht gefallen lassen! Vielleicht würde er diese schändliche Geschichte glauben, daß sie im Keller ein Rendezvous mit einem Manne gehabt. Sie wollte ihn auffuchen, ihm Alles erklären, und dann gehen, wenn er die Wahrheit wüßte. Rasch ging sie auf das Directionszimmer zu, doch als sie vor der Thür stand, überkam sie die alte Schen. Er würde ihr nicht glauben, würde sie anlachen, wie alle Anderen. Diese Furcht raubte ihr den Muth. Es war Alles aus, es war besser, wenn sie ging. Sie benachrichtigte weder Deloche, noch Pauline, und ging zur Kaffe.

— Fräulein, sagte der Kassirer, Sie haben zweiundzwanzig Tage, das macht achtzehn Francs festig, wozu noch sieben Francs Provision kommen... Die Rechnung stimmt, nicht wahr?

— Ja, mein Herr... ich danke.
Denise ging mit ihrem Gelde fort, als ihr Robinson begegnete. Er hatte schon gehört, daß sie entlassen sei, und beschloß ihr, die Creditkarten abzurufen. Er sprach

ihr leise Trost zu und gab seiner Entrüstung Ausdruck. Was für eine Existenz war das! Stets einer Laine preisgegeben! Jeden Augenblick die Entlassung gewärtigen zu müssen, ohne auch nur für den ganzen Monat Bezahlung beanspruchen zu dürfen!

Denise stieg hinauf, um Madame Catin zu benachrichtigen, daß sie ihren Koffer Abends werde abholen lassen. Es schlug fünf Uhr, als sie draußen auf dem Gailion-Platz stand.

Als Robineau an diesem Abend nach Hause kam, fand er einen Brief der Direction vor, die ihn mit wenigen Worten benachrichtigte, daß sie aus Gründen der Ordnung des Hauses sich gezwungen sehe, auf seine ferneren Dienste zu verzichten. Er war seit sieben Jahren im Hause thätig; noch am Nachmittag hatte er mit den Herren sich unterhalten; es war ein Blick aus heiterem Himmel. In der Seiden-Abtheilung sangen Gutin und Javier Triumphlieder, ebenso laut wie Marguerite und Clara in der Confections-Abtheilung jubelten. Nur Deloche und Pauline wechselten, als sie sich begegneten, traurige Worte und bedauerten Denise, die so sanft und anständig war.

Als Mouret die Entlassung Denisens erfuhr, gerieth er in großen Zorn. Gewöhnlich kümmerte er sich nicht viel um das Personal, doch diesmal sah er darin einen Eingriff in seine Rechte. War er denn nicht mehr der Herr, daß man sich erlaubte, solche Verfügungen zu treffen? Alles mußte ihm vorgelegt werden, Alles! Wie einen Strohhalm werde er jeden finden, der sich ihm widersetze. Nachdem er denn selbst eine Untersuchung eingeleitet, gerieth er auf's Neue in Hitze. Dieses arme Mädchen lag nicht; es war wirklich ihr Bruder; Champion, der Vorstand des Versandbüreau, hatte ihn erkannt. Besagte hatte man sie also fortgeschickt? Er sprach davon, sie zurückzurufen.
Bourbonville, hart in seinem passiven Widerstand, ließ den

Sturm ausstoben. Er kannte Mouret. Als er sah, daß er ruhiger geworden, wagte er eines Tages mit besonderer Betonung zu sagen:

— Es ist für Alle besser, daß sie fort ist.
Mouret erröthete verlegen.
— Meiner Treu, erwiderte er lachend, Sie haben viel leicht recht... Lassen Sie uns nachsehen gehen, wie das Geschäft geht. Es hebt sich wieder, gestern hatten wir fast hunderttausend Francs Einnahme.

VII.

Einen Augenblick stand Denise unter der sengenden Nachmittagssonne wie betäubt auf dem Pflaster. Zum Glück stand Dambou nicht in der Ladenthür, der „Alte Schöner“ sah aus wie ausgestorben. Nie hätte sie gewagt, dem Dattel vor die Augen zu treten, denn er stellte sich, als lenne er sie nicht mehr, und sie wollte ihm nicht zur Last fallen in dem Unglück, das er ihr vorhergesagt hatte. Doch auf der anderen Seite der Straße fiel ihr ein gelber Zettel auf: „Möblierte Zimmer zu vermieten“. Sie erkannte das Haus, das wie erdrückt zwischen dem „Glück der Damen“ und dem ehemaligen Hotel Duvillard stand. Auf der Schwelle der Regen-Firmhandlung stand der alte Bourras. Er hatte jetzt das ganze Haus gemietet und vermietete möblierte Zimmer in beiden Stockwerken, um seine Ladenmiete zu vermindern.

— Sie haben eine Stube zu vermieten, Herr Bourras? frag Denise.
Er sah sie an und war überrascht, als er sie erkannte. Er kannte alle diese Fräulein! Und nachdem er einen Blick auf ihr ärmliches, aber sauberes Meubel und auf ihr anständiges Meubel geworfen, erwiderte er:
— Das ist nichts für Sie.
— Weshalb denn nicht? frag Denise.
— Es kostet fünfzehn Francs monatlich.

Endlich verlangen wir directes Votum, da nur sie die Meinung des Volkes unerschütterlich repräsentieren, und Begleit des Wahlrechts mit dem 21. Jahre.

So sprach Grollenz von Miquel vor nunmehr fünfzig Jahren.

Weshalb Soldaten erkrankten.

Die von Zeit zu Zeit auftretenden Massenerkrankungen in einzelnen Truppenteilen der deutschen Armee finden ihre natürliche Erklärung, wenn man gelegentlich einmal erfährt, wie es an jenen Stellen zuweilen herzugehen pflegt, welche die Rohmaterialien für die Verpflegung unserer Soldaten zu beschaffen haben.

In Mülhausen fand dieser Tage eine Verhandlung vor der Verfassungskammer des Landgerichts statt, wobei scandalöse Vorkommnisse aufgedeckt wurden. Die Mühlenbesitzer Robert und Johann Glur aus Mosenheim hatten die früher bei ihnen angeheiratet gewesenen Obermüller Otto Fischbeck und Franz König wegen verleumderischer Beleidigung verklagt. Das Mülhauser Provisoriatamt läßt seinen Roggen sämtlich in der Mühle der Herren Glur mahlen und dabei scheint es nicht immer mit rechten Dingen zugegangen zu sein. Nach ihrem Austritt aus dem Geschäft Glur schrieben darum die beiden angeklagten Obermüller einen gemeinschaftlichen Brief an das Provisoriatamt, um dieses auf die Unregelmäßigkeiten aufmerksam zu machen. In dem Briefe wurde behauptet, die ganze Hauskaltung Glur lebe von dem Mehl des Provisoriatamtes, in ihrer Packerlei werde nur von diesem Mehl verbraucht und außerdem habe die Firma Glur davon hierin und dorthin doppelcentnerweise verkauft. Hierdurch entstand nun selbstverständlich für das Provisoriatamt ein bedenklicher Gesundheitsverlust; diesen suchte man aber in der Mühle selbst wieder auszugleichen und zwar auf eine Weise, welche geradezu ans Unglaubliche grenzt.

Beim Mahlen des Roggens giebt es viererlei Mehl: einen ersten, zweiten, dritten und vierten Zug; letzteres ist das Schwarzmehl, von dem für unsere Soldaten das Brot gemacht wird. Die Firma Glur bezog für sich und verkaufte es Andere, aber nur vom ersten Zug, also vom besten Mehl des Provisoriatamtes, gleich dagegen die entfallende Differenz immer am dritten Mehl aus, weil das am anderen nicht möglich war. Zu diesem Zweck wurden nun allehand Experimente gemacht. Das sämtliche Zug- und Erstmehl wurde hirsengemengt; von einer Mülhauser Firma wurde Hirsensammer einkaufen gekauft, gemahlen und mit dem Schwarzmehl vermischt; dasselbe geschah mit den sogenannten „Natten“, jenen schwarzen Körnern, die von der Frucht ausgeschieden werden und die jeder Landwirth als heilsam gesundheitsförderlich kennt. Das Provisoriatamt, dem alle diese handlichen und heilsamen Vorgehen waren, veranlaßte zwar keine strenge Untersuchung gegen die Herren Glur, ließen aber über den Einfluß der Obermüller aus, demüßigte die Schlichter desselben wegen Verleumdung belangen wollten. Das geschah, und der vor Schlichtung mit Erstaunen geübte Wahrheitsbeweis der beiden Obermüller war so niederträchtig für die Kläger, daß auch die Verurteilung zur glänzenden Freisprechung der Beklagten gelangte und die Klagen die gesammten Köpfe beider Anwälte zur Last legte.

Es bleibt nun abzuwarten, ob jetzt das Mülhauser Provisoriatamt die strafrechtliche Unterbindung gegen die schon compromittirte Firma veranlassen wird.

Aus dem Reiche des Herrn Thielen.

In Oberfeld wurde gegen den Herr Wilhelm Thielens wegen jahrelanger Transport-Verhinderung und schließlicher Scherenschnitzerei verurteilt. Anlaß hierzu gab der Zusammenstoß eines Stierpuges mit der Kurgewandine auf dem Felde bei in Damm. In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß die Maschine vollständig defect war, was der Schuldige zugestehen mußte, nur wollte dieser, der Herr Thielens das rechtig wissen müssen.

Der Ergelteste erklärte hienach, daß diese angelegte Maschine schon vor sechs Wochen als reparaturbedürftig gemeldet worden sei, trotzdem der Gutachter behauptete, daß sie dann vollständig in Ordnung sei.

Sie verlangte es zu thun, und der Alte sollte schließlich den Schlüssel.

Er ging voran, indem er ihr beständig Warnungen ertheilte: Achtung! Das Geländer läuft an der Mauer; und dem Treppentritt ist ein Stoch; hier stehen die Treppen zu weilen ihre Reibschmide stehen. In jenen Stoch war es schon etwas heller. In der ersten Ecke wollte ein Fächergehilfe; die zweite, die dritte, war zu verwerflicher Rechten. Demnach die Thür geöffnet, mußte er auf der Schwelle stehen bleiben, damit der Alte alles braun beschreiben konnte. Das Best, das in einer Ecke stehen: Hier stand, ließ genau nach so viel Raum frei, daß er seinen nachgehenden konnte. Weiterhin stand eine kleine Germande von Korbwaren, ein Tisch von Eisen, gerundeten Füßchen und zwei Stühle.

— Mein Gott, sagte der Alte, es ist nicht für möglich, aber die Anstalt ist klein, was sieht die Leute aus der Straße.

— Ich werde hier gut aufgehoben sein, erklärte der junge Mädchen.

Sie sprach für einen Moment voraus, und eine Stunde später ließ sie durch einen Commisarius ihren Koffer holen. Das seltsame zwei Stunden Warten. Da sie die Koffer für die Reise nicht mehr haben konnte, hatte sie ihn zu sich genommen und ihn auf einem alten Eschle gehalten, das demnach ihr gehörte. Es wurde ganz langsam und langsam die Straße mit aufgegeben, was sie selbst nur zu merken kam. Sie hatte ein wenig Platz gelassen zu lassen. Der alte wurde jetzt ganz ruhig und sagte: Sie haben sich als Herr Thielen, und dann ließ sie den Koffer der Commisarius holen, die ihr ebenfalls etwas brachte. Einmal brachte. Ich kann nicht mehr weiter.

(Schluss folgt)

Ermangelung anderer Maschinen weiter gebraucht werden sei, wie das öfter vorkomme. Ein Rechtsanwalt sagte aus, es sei unheimlich gewesen, mit dieser Maschine zu fahren.

Trotzdem wurde der Angeklagte zu 100 Mk. Geldbuße verurtheilt, weil das Gericht annahm, er hätte bei größerer Vorsicht, trotz des Defectes, den Zusammenstoß verhindern können. Es ist doch unerhört, daß auf den deutschen Bahnen, die Milliarden Ueberflüsse abwerfen, solche Zustände herrschen.

Im Centrum. Herrschte wieder große Freude. Amtsgerichtsrath Wellstein ist zum Oberlandesgerichtsrath in Frankfurt a. M. ernannt worden. Herr Wellstein ist, wie in der „Germania“ hervorgehoben wird, Mitglied der Centrumsfraction. — Die Ernennung des Centrumsabgeordneten, zweiten Vicepräsidenten des Reichstages, Kammergerichtsraths Dr. Spahn zum Reichsgerichtsrath ist gestern im „Reichsanzeiger“ publicirt worden.

Der Abschied des Generals Vogel von Falkenstein, des General-Inspecteurs der Festungen, wird nach der „Ztg.“ in Meßer militärischen Kreisen auf die Conferenzen im Schlosse Urtville zurückgeführt. Bei Besprechung der Niederlegung der Meßer Umwallung sollen zwei verschiedene Meinungen hervorgetreten sein, eine, welche die Herstellung einer neuen Umwallung für nöthig hält, und eine andere, welche eine solche für überflüssig hält und nur Außenforts und Panzerthürme besitzeln will. Welche dieser beiden Meinungen der General-Inspector vertreten hat, weiß man nicht; der Kaiser aber soll der gegenwärtigen zugestimmt haben und drei Tage nach der Rückkehr des Kaisers nach Berlin soll das Abschiedsgesuch eingereicht worden sein. — Das letzte den Stenographen wieder eine fetter Pension.

Das Besinden des Ministers von Miquel ist nach der „Staatsbürger-Zeitung“ in fortschreitender Besserung begriffen. Das Fieber ist gebrochen, die Fieberbegleiterscheinungen sind beseitigt. Er hat allerdings seine Privatgemächer wieder nicht verlassen, erledigt jedoch dringendere Arbeiten. Gott uns!

Der bayerisch-preussische Streit. Aus München wird gemeldet, daß jetzt in der That Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Prinz-Regenten wegen des obersten Militär-Gerichtshofes schweben. Der Prinz-Regent hält indes noch wie vor an dem bestehenden Reservatrecht fest und erklärt, daß er unter seiner Regimentsfahne keine Änderung zulassen werde.

Die Commission für Arbeiter-Statistik soll nach der „Germania“ auf Ende im Voraus Juni zu einer Sitzung einberufen werden.

Ausland.

Die Unruhen in Italien. Eine Darstellung des Papst-Konanz über die Entsetzung der Cavour'schen Regierung. Das Reichs-Büro in Rom auf das Reich und Kaiserthum und die Wahlen zu den Reichstagskörpern. „Wichtige Ereignisse“ gegen die Unruhen in Italien. „Wichtige Ereignisse“ gegen die Unruhen in Italien. „Wichtige Ereignisse“ gegen die Unruhen in Italien.

Die Unruhen in Italien. Eine Darstellung des Papst-Konanz über die Entsetzung der Cavour'schen Regierung. Das Reichs-Büro in Rom auf das Reich und Kaiserthum und die Wahlen zu den Reichstagskörpern. „Wichtige Ereignisse“ gegen die Unruhen in Italien. „Wichtige Ereignisse“ gegen die Unruhen in Italien. „Wichtige Ereignisse“ gegen die Unruhen in Italien.

Eröffnung der neuen französischen Kammer. Unter großer Erregung und heftiger Theilnahme wurde gestern die Wahl der verschiedenen Fraktionen der Deputirten-Kammer vorgenommen. Es fanden sich an eine Kraftprobe für das französische Volk, deren Präsident Dechanel ist, während der Wahl der Sozialisten und Socialisten Fraktion, der bürgerlichen Kammerpräsident, ist. Ueber die Wahlung wird berichtet:

Esch und Dillmann sind ebenfalls. Es herrscht große Erregung. Der alte Präsident Bonjean hält unter anhaltendem Lärm eine Rede. In derselben kritisirte er scharf die Politik des Cabinets und verlangte Reformen in verschiedenen Sinne und Beziehungen gegen das Ministerial-System und gegen die Agitation. (Beifall auf der linken Seite.) Drummet ruft wiederholt: Nicht mit den Juden!

Demnach bildet die Kammer zur Wahl eines provisorischen Präsidenten 556 Stimmen und sieben Abgeordnete, drei Parteien und die absolute Majorität beträgt 277, Dechanel erhielt 277, Briffaut 176. (Beifall im Centrum, Beifriedrich links.)

In der Sitzung wurde erklärt, da ein Beifriedrich zu Ende geführt, wurde das Parlament die Wahl nicht proklamirte und erklärte es der Kammer, sich berufen zu erklären. — Politische Anstalt, der parlamentarische Streit nicht nur nach der Zahl der gültigen Stimmen. — Demnach bekam die Fraktion der Sozialisten, da die Autorität des Kammerpräsidenten abgelehnt sein wird. Demnach wurde erklärt, das Parlament soll abgelehnt werden. Der Sozialisten Partei soll abgelehnt werden. Die Sozialisten sollen abgelehnt werden. Die Sozialisten sollen abgelehnt werden. Die Sozialisten sollen abgelehnt werden.

Der Sozialisten Partei soll abgelehnt werden. Die Sozialisten sollen abgelehnt werden. Die Sozialisten sollen abgelehnt werden. Die Sozialisten sollen abgelehnt werden.

nach Abschluß der Stichwahlen, vollzogen worden. Seit einer Woche hat die Petite République, in deren Leitung sich nunmehr, auf den Wunsch des bisherigen Chefredacteurs selbst, Jaurès und Gérault-Richard theilen, ein heftiges und wohlgezieltes Feuer gegen den in den socialistischen Reihen verirrten Rochefort, das demagogische Mädchen für Alles eröffnet. Der alte, popularitätslästernde Demagoge, der, mit Ausnahme seiner Boulanger-Periode, da er insbesondere von demselben Gérault-Richard heftig bekämpft worden war, es stets gewohnt war, alle Welt ungestraft mit Roth zu bewerfen, ist nach den ersten Angriffen, genauer Abwehrversuchen Gérault-Richards, ganz aus dem Häuschen gerathen. Daß er monatelang, anlässlich der Dreyfus-Jola-Affaire, die Socialisten mit den niederträchtigsten Waffen bekämpft hatte, das zählte für ihn nicht. Er spielte den Beleidigten und forderte Gérault-Richard zum Duell, das dieser nach den französischen Gepflogenheiten annehmen mußte.

Die Zeitungspolemik dauert aber nach wie vor ungeschwächt fort. Und erfreulicherweise steht auf Seiten der Petite République alles, was in Paris wirklich socialistisch denkt.

Zu den belgischen Wahlen.

In Termonde wurde der liberale Landtschaftsminister de Bruyn mit 6500 Stimmen Mehrheit wiedergewählt — Dank einem geradezu beispiellosen Wahlmanöver der Regierung. Vor Jahresfrist war ein königlicher Erlass, von dem Landwirthschaftsminister de Bruyn gegengezeichnet, erschienen, der „im Interesse der öffentlichen Gesundheit“ vom 1. Juni 1892 ab das Abstempeln des Viehes anordnete. Damit waren die Bauern unzufrieden, und so blieb der Minister de Bruyn bei der Hauptwahl in der Minderheit. Seine Sache stand schlecht; der Sieg des christlichen Demokraten du Catillon schien zweifellos.

Was that die Regierung? Noch am Sonnabend früh erschien im „Moniteur belge“, dem belgischen Amtsblatte, ein neuer, wieder von Herrn de Bruyn gegengezeichneter Erlass, der — das Abstempeln des Viehes beseitigt! Und so stimmten die Bauern bei der Stichwahl für diesen braven Minister, der seine Wahl für wichtiger erachtet, als die öffentliche Gesundheit! Leopold-Leopold ist ein gütiger und gefälliger Souverän, nicht bloß gegen die Golden in Seine-Pabel, sondern auch gegen seine Minister.

Die belgischen Wahlen haben ein besonderes Interesse wegen des eigenartigen 1893 eingeführten Wahlrechts. Es setzte an Stelle des früheren Census die allgemeine Wahlberechtigung, indeß mit Einführung eines Pluralstimmensystems. Jeder 25 Jahre alte, wenigstens ein Jahr in der betreffenden Gemeinde ansässige unbescholtene Bürger hat eine Wahlstimme, zwei Stimmen hat, wer 35 Jahre alt, Familienvater oder Wittwer ist und mindestens 5 Franken Steuern zahlt, desgleichen wer 25 Jahre alt ist und Immobilien von mindestens 2000 Franken Katasterwerth besitzt oder mindestens eine Jahresrente von 1000 Franken nachweisen kann. Wer akademisch gebildet ist oder eine höhere Bildung besitzt, hat drei Wahlstimmen. Der Wahlact ist streng geheim, auch besteht eine Wahlpflicht.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Auf dem westindischen Kriegsschauplatz haben sich die Amerikaner am Dienstag endlich zu einem energischeren Vorgehen gegen die im Hafen von Santiago eingeschlossene Flotte Cervera's und gegen die spanischen Landbesetzungen aufgerafft. Indes scheint der Erfolg der großen Kanonade kein sonderlicher gewesen zu sein. Nachrichten aus Washington lassen es sogar zweifelhaft erscheinen, ob überhaupt schon ein ernstlicher Kampf stattgefunden hat. So besagt ein Telegramm aus Washington vom Mittwoch, dem Marineminister seit bis Dienstag spät Nachmittag keine Befähigung des Telegramms aus Port au Prince, betreffend das Gefecht von Santiago, zugegangen. Privatmeldungen wissen überhaupt nur von einem Reconnoissancegefecht am Montag zu berichten. Cervera versuchte mit drei Schiffen aus dem Hafen von Santiago zu entweichen, wurde aber daran durch die Amerikaner verhindert. Vielleicht ist das große Gefecht am Dienstag so wenig erfolgreich für die Amerikaner ausgefallen, daß man die Nachrichten darüber zurückhält. Das Marineministerium giebt noch bekannt, daß Commodore Schley Santiago und die Batterien, welche nach dem Hafen führen und den Canal schützen, untersuchte. Schley fand dieselben viel stärker und die submarinen Minen zahlreicher, als er vermuthet hatte. Vier Minen waren aber den engen Hafeneingang gelegt. Die Schiffe des Geschwaders unter Cervera verriethen ihre Anwesenheit, indem sie sich quer über dem Hafeneingang bewegten, um beim Herankommen des Feindes feuern zu können. — Das sieht nicht nach großen Erfolgen aus.

Die Spanier wissen sogar von einer Niederlage der Amerikaner bei dem Versuch, Santiago anzugreifen, zu berichten. Ein Telegramm aus Madrid sagt darüber:

Der spanische Marineminister erhielt eine Depesche, welche besagt, daß das amerikanische Geschwader vor Santiago de Cuba eine Niederlage erlitt. Die spanischen Forts und das Geschwader Cerveras wiesen die Angriffe der feindlichen Schiffe ab. Letztere zogen sich beschädigt zurück. Das spanische Geschwader hat nicht gelitten.

Die merkwürdigen amtlichen Meldungen aus Washington, die wir oben erwähnten, lassen allerdings darauf schließen, daß den Amerikanern irgend etwas zugefallen ist. Aber man wird auch dann, auch den spanischen Siegesmeldungen nicht so ohne Weiteres zu trauen.

Die Reichstagswahlen.

Die Sozialisten und die Möglichkeit zu wählen. Die „Soziale Frage“ erinnert daran, daß durch Entschädigung der bayerischen Regierung vom 4. November 1897 dem geordneten der Sozialisten und Arbeiterpartei ein bestimmter Personal der Reichstagswahlberechtigung, auch den von der Sozialisten-Partei unterstützten, und anderen Reichstagsmitgliedern, die sich zum Zweck der „Sozialen Frage“ an der Reichstagswahl beteiligen, innerhalb der gesetzlichen Arbeitsstunden, somit die

lichen Dienstverhältnisse dies gestatten, freizugeben ist. Diese freie Zeit darf vom Lohn nicht abgezogen werden. So in Bayern, und in Preußen? Ja, wenn es sich um die Landtagswahlen mit ihrer öffentlichen Stimmabgabe handelt, dann ließe Herr Thielen, genau wie im Jahre 1893, mit sich reden.

Wies gemacht wird.

Als ein seltsames Zusammentreffen mit der Wahl wird überall in Ostpreußen angeführt, daß Minister Volke gerade jetzt die Kreise Memel und Elstau bereist und „wohlwollend“ in Verhandlungen mit den Littauern wegen der Sprachfrage eintritt.

Bekanntlich sind viele Littauer von der conservativen Sache wegen Nichtberücksichtigung ihrer Interessen in dieser Frage abgefallen.

Wahlen und Landwehrrückung.

Die vierzehntägige Landwehrrückung, die für den Landwehrbezirk Frankfurt a. M. am 17. Juni beginnen sollte, ist auf den 28. Juni verschoben worden.

In Berlin und Brandenburg sah man sich zu derartigen eigentlich selbstverständlichen Maßnahmen nicht veranlaßt. Ebenso wenig in Schlesien.

Freisinnige Stimmungsbildung.

Eugen Richter schreibt in seiner „Freis. Ztg.“ Folgendes: Die Socialdemokraten als Schrittmacher der Conservativen. Die „Post“ hofft, daß in den Wahlkreisen Schleswig und Dithmarschen die Socialdemokraten in der Hauptwahl die Freisinnigen überholen, so daß die Conservativen alldamit mit den Socialdemokraten in die Stichwahl gelangen und dadurch den Sieg erringen.

Also wenn der Freisinnige mit dem Conservativen in die Stichwahl kommt, hält es der Vater der Spargasse für selbstverständlich, daß sämtliche Socialdemokraten in der Stichwahl für den Freisinnigen eintreten und ihm dadurch zum Siege verhelfen. Ja, aber umgekehrt, kommt nicht der Freisinnige, sondern der Socialdemokrat mit dem Conservativen in die Stichwahl, so räumt der wackere Eugen Richter ein, daß seine Parteigänger so traurige Kerle sind, daß sie in der Stichwahl entweder nicht oder gar für den Conservativen stimmen. Das schreibt ein Mann, der genau weiß, daß fast seine ganze Fraction von Socialdemokraten Gnaden im Reichstage sieht, denn bei den Hauptwahlen von 1893 errangen bekanntlich die Freisinnigen nicht ein einziges Mandat, und erst in den Stichwahlen verhalfen die socialdemokratischen Arbeiter den Freisinnigen zu ihren zwei Duzend Mandaten. Der Dank dafür bestand darin, daß die Freisinnigen, wo sie in den Stichwahlen für uns den Ausschlag geben konnten, „unentwegt“ für die Reactionäre eintreten und in Schmalzfabriken bei einer Nachwahl sogar für den Knäpelpastor Jäckel und gegen den Socialdemokraten stimmten.

Nationalliberale gegen den Nationalliberalen.

Zur Wahlkreise Ostfriesland hat sich Herr Professor Paasche aufstellen lassen. Herr Paasche nennt sich nationalliberal, gehört aber zu dem agrarischen Flügel der Partei. Früher candidirte er in dem Kreise als liberaler Candidat, jetzt als Candidat der „Sammelwähler“ gegen den Candidaten der freisinnigen Vereinigung, Dr. Barth. Das Schönste aber ist, daß die Nationalliberalen in Ostfriesland von ihm wissen wollen, sondern zu Barth stehen. Der nationalliberale Paasche wird also von den Nationalliberalen bekämpft und nur der Bund der Landwirthe tritt für ihn ein.

Aus Elßig-Verträgen.

Obwohl uns nur noch zwei Wochen vom Tage der Entscheidung trennen, ist die Candidatenfrage bei den bürgerlichen Parteien noch in der Mehrzahl der reichsländischen Wahlkreise ungeklärt. Allenfalls, wo die socialdemokratische Partei ernsthaft in Frage kommt, ging das Bestreben unserer Gegner zuerst auf die Sammlung aller nicht socialistischen Elemente unter einen Hut; und erst nachdem, wie dies fast überall der Fall war, sich herausstellte, daß bei den in Elßig-Verträgen besonders stark aus dem Vordringen der politischen Anschauungen der bürgerlichen Wähler-Massen dieses Ziel fast nirgends zu erreichen sei, gingen dann die einzelnen Parteien an die Aufstellung ihrer Sondercandidaturen, und damit sind sie, wie bereits gesagt, augenblicklich noch in den meisten Wahlkreisen beschäftigt. Da unsere Belegung der 15 reichsländischen Wahlkreise mit geeigneten Candidaten seit Wochen vollendet ist, sind wir unseren Gegnern in der Wahlarbeit um einige Pferdelängen voraus, und die Organe der bürgerlichen Parteien erkennen die Nützlichkeit und Unfähigkeit der socialistischen Wahlcomitees auch offen an. Die meisten unserer Candidaten haben sich ihren Wählern bereits in durchweg zahlreich besuchten Versammlungen persönlich vorgestellt, und in Mühen und Mühen, wo dies infolge der Verfassung unseres dort aufgestellten Genossen-Bundes nicht möglich ist, arbeiten unsere Leute mit verdoppeltem Eifer, um den Wahlkreis, den wir 1890 erobert haben, ehrenvoll zu behaupten. Die beiden Pfingstfeiertage wurden zur Verbreitung eines größeren Flugblattes im ganzen Lande benutzt, wobei die größeren Parteiorde, wie Straßburg, Mühlhausen u. s. die schwächeren Kreise durch Entsendung von erprobten Mannschaften häufig unterstützen. Die Stimmung im Lande wird für uns von Tag zu Tag günstiger, so daß wir mit den besten Hoffnungen dem 16. Juni entgegensehen können.

Heiteres aus der Wahlbewegung.

Was da kürzlich in Braunschweigischen eine Versammlung der Welfen. Ein biederes Bäuerlein präsidirte und der Candidat, ein wirklicher Graf, stieg zum Volke herab, um ihm sein Evangelium zu verkünden. Aber kaum hatte er geendet, als auch schon ein socialdemokratischer Redner die größten Ausführungen unter dem Beifall der ganzen Versammlung zerlegte und zerlegte und den socialdemokratischen Candidaten empfahl. Die Ausführungen unseres Genossen verfielen selbst auf den Vorworfenden ihre Wirkung nicht. Denn kaum hatte der Redner sich gesetzt, als der Vorsitzende der Versammlung den Vorschlag machte, den socialdemokratischen Redner — hochleben zu lassen. Und ehe ein Einwand möglich war, brach auch schon das Pöbel durch den Saal. Der Herr Graf machte ein langes Gesicht, verzichtete auf jede Widerrede und zog hoffnungslos von dannen.

In Kellinghusen hatten unsere Parteigenossen eine Versammlung einberufen, die mit folgender Resolution vom Amtsvorsteher verboten wurde: „Auf Ihre Anfrage, betreffend Versammlung am Himmelfahrtstage, verzeihe ich nicht, Ihnen ergehen zu berichten, daß die Versammlung unter freiem Himmel wegen der ungünstigen Witterung und der ungeschickten Lage des Versammlungsortes zur Zeit nicht stattfinden kann. Es steht Ihnen frei, bei eintretender günstiger Witterung Ihren Antrag zu wiederholen. Der Amtsvorsteher. Homboldt.“

Offenbar fürchtete der Herr Amtsvorsteher, der socialdemokratische Redner und die gleichfalls „rothen“ Berufstätter und Besucher der Versammlung würden sich in Folge der wünschenswerten Witterung einen Schwuppen zuziehen.

(Quelle der Rednerei: Welfische Wochenschrift.)

Arbeiterbewegung.

Wo müssen die Gewerkschaften ihre Mitgliederlisten einreichen? In Osnabrück wurden bei der Firma Reinhardt u. Co. vierzehn Arbeiter entlassen, weil sie dem Fabrik- und Handarbeiterverbande angehörten. Den übrigen Verbandmitgliedern wurde aufgegeben, bis zum 16. Juni ihren Austritt aus dem Verbandsverbande anzukündigen. Der Nachricht war die Mitteilung beigefügt, daß Amtsvorsteher des Ortes habe der Firma die Mitgliederlisten und das Verbandsverbot vorgelesen. Der Leiter der Organisationsarbeit auf Verlangen vom Amtsvorsteher die Listen, es habe jedoch kein Arbeiter auf Verlangen seine

vorgesehene Behörde die auf Grund des Gesetzes eingereichte Mitgliederliste auf Wunsch in seinem Amtlocale vorgelegt; ebenso dem Vorstande des Handarbeiter-Verbandes. Das ist ja ein allerliebster Geständnis. Dasselbe kommt zur Agitation für die bevorstehenden Wahlen gerade noch zurecht. Wie sagte doch gleich Herr von Böttcher auf einem Festbanket? „Meine Herren wir arbeiten ja nur für Sie!“ Das stimmt auffallend, aber mit solchen Mitteln arbeiten die Behörden auch für uns.

Zum Kohlenarbeiterstreik in Süd-Wales wird aus London vom 1. Juni berichtet: In einer gestern stattgehabten Besprechung der Kohlengrubenbesitzer und ausländischen Kohlengrubenarbeiter in Cardiff erklärten letztere, eine sofortige zehnprocentige Lohnerhöhung annehmen zu wollen. Die Arbeitgeber erklärten das für unbrauchbar. Die Besprechung wird am Sonnabend fortgesetzt werden. Die „Times“ bemerken hierzu, die Aussichten bezüglich Beilegung des Ausstandes seien so schlecht wie möglich.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunfall. Eine Locomotive, auf der sich mit Ausbeserungen beschäftigte Arbeiter befanden, fuhr in Bieders (Kreis Posen I) am Sonntag Nachmittag gegen einen feststehenden Apparat. Das Dach der Locomotive wurde zertrümmert, Heizer, Locomotivführer und zwei Arbeiter getödtet.

Ertrunken sind am Montag bei einer Bootsfahrt bei Puzig drei Kinder eines Schiffszimmermeisters in Folge Kenterns des Fahrzeuges.

Vom Kaiser begnadigt wurden nach dem „Reichsboten“ zwei ehemalige Soldaten der Infanterie-Regimenter 34 und 129, welche aus Anlaß einer im Jahre 1895 in Bromberg vorgekommenen Schlägerei wegen „militärischen Aufruhrs“ kriegsgerichtlich zu je fünf Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Soldatenstande verurtheilt worden waren.

Die Begnadigung eines Duellanten wird aus Koblenz berichtet. Der Bonner Assistenzarzt Dr. Heusing, der seinen Kollegen Dr. Fischer im Zweikampf erschossen hatte und zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt worden war, ist begnadigt worden. Er verlebte nur 6 Monate seiner Strafe.

Beim Brande eines Hauses in der Jakobsvorstadt zu Thorn fanden in der Nacht auf Mittwoch 5 Personen den Tod in den Flammen und zwar ein Arbeiter mit Frau und Kind sowie ein zweiter Arbeiter und sein kaum zweijähriges Kind. Eine Frau, welche, da die Treppe brannte, durch das Fenster auf die Straße sprang, verletzte sich schwer. Die Ursache des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Ein salomonisches Urtheil. Der Mann Feyerabend vom Ulmen-Regiment in Thorn, der sich Mitte März mit dem Karabiner einen Finger der linken Hand abschloß, ist nach der „Berl. Ztg.“ vom Kriegsgericht wegen Selbstverstümmelung und Diebstahls der Patrone zu 3 Jahren 10 Tagen Gefängnis sowie zur Verbüßung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurtheilt worden.

Dreißig unter Fieber-Erscheinungen plötzlich erkrankte Soldaten vom 14. Fußartillerie-Regiment in Straßburg i. E. mußten ins Lazareth gebracht werden.

Durch den Einsturz eines Nebenhauses in Budapest wurde ein Arbeiter getödtet, vierzig verwundet.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 2. Juni 1898.

Zur Reichstagswahl!

Das Wahlbureau der socialdemokratischen Partei befindet sich im Vereinszimmer in Ulrichs Brauerei „Zu den drei Tauben“, Neumarkt 8 und Ziegengasse 1, und ist täglich geöffnet von Vormittags 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags von 8 bis 2 Uhr Nachmittags. Unentgeltliche Auskunft in allen Reichstagswahlangelegenheiten.

Briefe u. an den Vorsitzenden Paul Heppner, Gelder nur an den Kassirer Gustav Eige, daselbst.

Für Donnerstag, den 16. Juni,

dem Wahltag, werden in den beiden Breslauer Wahlkreisen noch eine Anzahl Eisenfabriken und Stimmzettelnvertheiler gebraucht und rufen daher das socialdemokratische Wahlcomitee die Genossen dringend auf, sich zu diesem Zwecke im Wahlbureau, Neumarkt No. 8 („Drei Tauben“) schleunigst zu melden.

Parteigenossen!

Denkt an den Wahlfonds! Der Wahlkampf erfordert Geld, Geld und nochmals Geld!

Ein weißer Rabe. Der conservative „Bürger- und Hausfreund“ in Löwenberg in Schlesien richtet an seine Parteigenossen die dringende Aufforderung, den Gegnern nicht die Säle abzutreiben, denn dadurch hätten dieselben nur Vortheil. Das Blatt wird wohl damit nur tauben Ohren predigen, denn bis jetzt und wohl für immer wird es eine der hervorragendsten „geistigen“ Kampfmittel der conservativen Partei bleiben, den Gegnern die Säle abzutreiben.

In Ungarischer Kreise fanden am 1. Feiertag zwei socialdemokratische Wählerversammlungen statt. Die erste wurde Nachmittag 3 Uhr in Ober-Schönbühel, die zweite Abend 6 Uhr in Krommitz abgehalten. In Schönbühel referirte an Stelle des abwesenden in Anspruch genommenen Candidaten, Uhlernmeister Stolbe-Gelberg, Genosse Baha-Breslau. In der Krommitzer Versammlung konnte der Candidat noch rechtzeitig eintreffen und zu den Wählern sprechen. Beide Versammlungen nahmen einen sehr befriedigenden Verlauf.

Was dem Waldenburger Kreise.

Einen guten Wähler hat eine am Sonnabend in dem Kreis-Saal in Zellhammer einberufene, freisinnige Wählerversammlung. Nach einem Bericht des Waldenburger Kreisvorstandes über die Tätigkeit der Wählervereine, wurde die Wahlbewegung auf sich an einem (Mittwoch) die Referenzen der Wählervereine, die Herren Justizrat Feige und Oberpostsekretär Dr. Oelbke-Breslau, zu gruppieren, was am Freitag Nachmittag 7 Uhr in Waldenburger Kreis-Saal stattfand. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Justizrat Feige, eröffnet und wurde durch den Referenten, Herrn Justizrat Feige, geschlossen. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Justizrat Feige, geschlossen.

demokratischen Rednern nicht unbeschränkte Redezeit gewährt wurde. In der Regel durften unsere Genossen nur 5, höchstens einmal 10 Minuten sprechen. Unter Bezugnahme auf das Verbleiben der socialdemokratischen Wähler sprach Herr Feige weiter vom Zweckmüßigkeit der socialdemokratischen Wähler gegenüber ihren Bestimmungsgenossen und zog daraus den Schluß, daß es im socialdemokratischen „Zukunftstaate“ um die Freiheit des Einzelnen recht traurig bestellt sein würde. Dieser Vergleich ist wohl etwas zu lächerlich. Im Uebrigen begreifen wir nicht, warum Herr Feige so verhält darauf ist, sein Programm vor socialdemokratischen Wählern zu entwickeln. Von diesen wird sich doch keiner bewegen lassen, die socialdemokratische Forderung zu verlassen und dem „Heerbann“ des Herrn Feige zu folgen. Der Referent bezeichnete ferner das Project eines socialdemokratischen „Zukunftstaates“ als widersinnig und unbrauchbar. Darauf möchten wir Herrn Feige den Rath erteilen, sich in seinen Wahlreden etwas mehr mit dem Gegenwärtigen zu beschäftigen, denn über den „Zukunftstaat“ wird am 16. Juni noch nicht entschieden.

Am Sonntag fand im Gasthof zur „Friedrichsruh“ in Neusalgbrunn eine Volksversammlung statt. Dieselbe war um 4 Uhr bereits überfüllt. Nachdem Genosse Michaelis die Versammlung eröffnet hatte, erklärte der überwachende Beamte, wenn das Publikum nicht auf die von der Behörde festgesetzte Zahl reducirt wird, müßte er, wegen Ueberfüllung des Locals die Versammlung auflösen. Um dies zu verhindern forderte Genosse Michaelis die Anwesenden, welche schon oft Gelegenheit hatten eine Versammlung zu besuchen, auf den Saal zu verlaten. Hierauf entfernten sich wohl über 200 Personen, welche vor der Saalthür und an den Fenstern Aufstellung nahmen, so konnte die Versammlung ihren Anfang nehmen. Genosse Ludwig Schröder, der „Zuchthausler“, welcher von der Versammlung mit einem begeisterten Hoch begrüßt wurde, hielt hierauf einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, in welchem er in treffender Weise die Angriffe der Gegner zurückwies, die Ziele der Socialdemokratie darlegte und in berechneten Worten die Wahl des Genossen Hermann Sachse empfahl. Da sich nach dem Vortrage trotz Aufforderung sein Gegner zum Sprechen meldete, ergriff Genosse Michaelis noch das Wort. Redner beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Flugblatt des Herrn Krause und empfahl darauf nochmals den Genossen, den gegnerischen Versammlungen fernzubleiben. Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Ein Heiner Rechenfehler. In einem Wahlaufruf des Kreis-Wahl-Comitees der Centrumpartei an die katholischen Wähler des Wahlkreises Waldenburg heißt es u. a.: „Als Katholiken gehen Euch Eure religiösen Interessen über Alles.“ Das stimmt nicht ganz. Auch für einen katholischen Arbeiter kommt in erster Linie die Magenfrage. Die Thatfache, daß Hunderttausende von Katholiken einen socialdemokratischen Stimmzettel abgeben, ist der beste Beweis dafür. Des Weiteren heißt es in dem Aufruf: „Das katholische Volk wählt nur den katholischen Volksvertreter, den Rechtsanwalt und Notar Herrn Burckel aus Glatz, den Ihr so herrliche Grundzüge — Eure Grundzüge — in hinreichender Rede so glanzvoll entwickeln hörte.“ Wenn Herr Burckel trotz seiner herrlichen Grundzüge und hinreichenden Rede am 16. Juni eine schlägliche Niederlage erleidet, hat das Kreis-Wahl-Comitee der Centrumpartei daran sicher keine Schuld.

Ein gelungener Herr muß der Candidat der gemäßigten — sprich: conservativen — Parteien des Kreises Waldenburg in Schlesien sein. Derselbe sprach kürzlich in einer Versammlung des Verbandes der reichstreuen Bergarbeiter-Vereine des Kreises Waldenburg. Zu derselben waren auch Mitglieder des Wahlvereins der gemäßigten Parteien geladen und erschienen. Der Candidat, der Amtsgerichtsrath Krause, sagte zunächst, daß er keine Wahlrede halten wolle, sondern er gedente nur die Frage zu erörtern: „Wie ist im Interesse der Arbeiter, einen Socialdemokraten zu wählen?“ In seinem Vortrage zog er dann weiter über die Socialdemokratie her und schließlich wurde er als alleiniger Candidat des Verbandes des unpolitisch sein wollenden reichstreuen Bergarbeiter-Vereins proclamirt. All das nennt man natürlich keine politische Thätigkeit. Weiter war es deshalb, daß am Schluß der Versammlung der Vorsitzende des Verbandes dem anwesenden Landrath Schamer versicherte, daß der Verband bei Förderung seiner Interessen stets die gesetzlichen Grenzen innehalten werde.

Die Wahlbewegung in Oberschlesien.

Man schreibt uns aus dem Industriebezirk: An den Feiertagen hielten im Ausdehnungsbezirk die Centrumsmänner ihre Wählerversammlungen ab. In Beuthen ging es ihnen noch am besten; die Genossen gingen nicht erst in ihre Versammlung, und so konnte die Candidatur Stephan „einstimmig“ angenommen werden. Anders kam es in Rattowitz und Jädrz, wo Letztere sprechen sollte, der wegen Krankheit (?) nicht erschienen war. Hier hatten die Genossen, denen man seit Jahren die Bemühung aus dem Versammlungsrecht durch allerlei häßliche und unfaubere Mittel unterbündet, beschaffen, Letztere zu hören und auch ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Als ihnen Letzteres verweigert wurde und sie dagegen opponirten, kam es zur Auflösung der Versammlung. Die Genossen waren bei Weitem in der Majorität. Die zahlreich erschienenen Geistlichen waren zum Theil stark vor Schrecken über den ungehörigen Beschluß in der politischen Stimmung des ober-schlesischen Arbeitervolkes. Bielschitz jangen einige von ihnen an zu begreifen, daß sie jetzt nur die Frucht der ultramontanen Volksbetrügerei einten. Die Angst scheint sehr groß zu sein; in Beuthen werden sogar schon Messen für den „guten“ Ausfall der Wahlen gelesen. Die vernünftigeren Wähler lachen über diese Bekehrung religiöser Dinge mit der Wahlpolitik. Hochpolitisch sind in diesen Wochen die Predigten der ober-schlesischen Geistlichen. Social-Verleumdungen der Socialdemokratie, wie man sie jetzt von dem Rangeln herab hören kann, sind sonst unvorstellbar. Man glaubt manchmal in politischen Versammlungen zu sein, statt in der Kirche; die Genossen verlassen zum Theil den Gottesdienst aus Ärger über das unwürdige Gebahren der Geistlichen.

Neue Wähler, 31. Mai. Parteigenossen! Am 6. Juni Abends 7 Uhr findet im Saale des Herrn Diebisch eine öffentliche Wähler-Versammlung statt. Genosse Hermann Sachse-Jmdras wird über die bevorstehenden Reichstagswahlen referiren. Agitir für einen zahlreicheren Besuch der Versammlung, damit der Socialismus in immer weitere Kreise dringt. Am 16. Juni soll auch im Kreise Neusalgbrunn ein Auswahler der socialdemokratischen Stimmen zu veranstalten sein. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, im Wahlkampf thätig zu sein; dies gilt auch für diejenigen, welche sich an der öffentlichen Agitation nicht betheiligen können. Das Wahl-Comitee kann seine Aufgabe nicht erfüllen, wenn ihm nicht die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen. Flugblätter, Stimmzetteln und die gesamte Agitation erfordern Opfer. Groß sind diese Opfer, schwer der Kampf und ohne Kampf kein Sieg. Wir für die Wahlagitation bestimmten Sendungen und Gelder sind an H. S. Gindler, Sandensfeld 614 abzugeben.

Das Wahlcomitee.

Die deutsche Lehrer-Versammlung.

fast seit Pfingstmontag in den Räumern Breslauer. Der beehrte Raum unseres Blattes, der besonders durch die von der Lehrerschaft Reichstagswahlen in Anspruch genommen wird, hat wieder einen wichtigen, den hochwichtigen Zusammenhang der deutschen Volkswirtschaft, die geistliche Kulturarbeit zu gewahren. Die geben heute jedoch die Hauptaufgabe für unsere Lehrer, die in der Lehrerschaft die wichtigsten Aufgaben haben. Die am Montag in der Stadt Breslau abgehaltene Versammlung der deutschen Lehrer-Versammlung hat die folgende Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit der deutschen Lehrer-Versammlung seit ihrer Gründung. 2. Bericht über die Tätigkeit der deutschen Lehrer-Versammlung seit ihrer Gründung. 3. Bericht über die Tätigkeit der deutschen Lehrer-Versammlung seit ihrer Gründung.

zu ergänzen. Der erste Zweck sei vollständig, der letztere theilweise erfüllt worden. Die Frage nach Abhilfe habe man abschichtlich nicht in das Thema gezogen, da sonst die Stimme der Lehrerwelt erst nach Jahrzehnten gehört werde. Diesmal sei es anders, wie die Statistik über die Kinderarbeit vom 28. Februar d. J. beweise. Was ist gewerbliche Kinderarbeit? Arbeiten bei fremden Arbeitgebern gegen Lohn, im Elternhause gegen Entgelt und solche Arbeiten, die Gegenstände zur gewerblichen Verwertung erzeugen. Nicht dazu gehören häusliche Arbeiten vorübergehender Art. Der Ruf, zuerst Erhebungen auf bereitem Gebiete angestellt zu haben, gebühre der Hamburger Lehrerschaft.

Wie groß ist die Zahl der erwerbsthätigen Kinder? In den Gebieten, über welche Erhebungen vorliegen, beträgt die Zahl der arbeitenden Kinder gleichmäßig zwischen 12 und 13 Prozent in den Großstädten, 25 Prozent auf dem Lande, und am ungünstigsten ist die Zahl in den Bezirken mit Hausindustrie, wo bereits 1885 24,954 erwerbsthätige Kinder gezählt worden sind. Die Gesamtzahl aller Kinder, die um Lohn und Brot ringen müssen, betrage im Ganzen weit über eine Million! Wie kommt das im Zeitalter der Dampfmaschinen, inmitten aller sonstigen Arbeitslosigkeit? Jeden Menschenfreund müssen derartige Zahlen erschrecken.

Nebst verbreitet sich jedoch über die Bedingungen, unter denen eine Erwerbsthätigkeit nicht schädlich sei. Diese Bedingungen können aber nicht erfüllt werden. So beginnen beispielsweise in Hamburg unter 1053 Kindern bereits 374 um 6 Uhr, 116 um 5 Uhr, 42 um 4 Uhr, 31 um 3 Uhr. In Posen arbeiten unter 204 Kindern 39 Kinder mehr als acht Stunden täglich! Auch in ländlichen Bezirken sei es nicht besser. In Pommern erschienen unter 1882 arbeitenden Kindern fast 40 Prozent in gesundheitlicher Beziehung gefährdet. Das sind die Hütungen der Karloffelgräber, die in Siegenen arbeitenden Kinder u. s. w. An den Kindern werde ein wahrer Raubbau getrieben. Man habe Thierschutzvereine; Kindererschulvereine seien mindestens ebenso nöthig.

Ueber die Frage nach den sittlichen Schädigungen lassen sich die Worte Goethe's sagen: „Ihr führt ins Leben und hinein, Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein, denn jede Schuld läßt sich auf Leben!“ Mehr als Leber thue auf sittlichem Gebiete das Beispiel und hiermit sei es bei der Kinderarbeit sehr leicht bestellt. Die Schädigungen, die hier vorkommen, lassen sich zahlenmäßig nicht feststellen. Doch seien sie ungeheuer. Auch in den ländlichen Beschäftigungen sei es nicht besser; es erscheinen 66 Prozent als sittlich gefährdet. In Wlissingen seien unter 100 jugendlichen Gefangenen früher 70 neben der Schule beschäftigt gewesen. Die Wäldermeister haben erklärt, daß die Kinderarbeit unermesslich sei, trotzdem sie selbst ihre Lehrlinge wegen der sittlichen Gefahren nicht zum Frühjahrsarbeiten verwenden wollten. Im April für Obdachlose und auf dem Polizeirathium habe man unter den Prostituirten Mädchen von 11, 12, 13 und 14 Jahren gefunden. Auch hier sei der Zusammenhang zwischen Kinderarbeit und sittlicher Schädigung nicht von der Hand zu weisen.

Dem Unterricht und der Erziehung erwachsen ebenfalls ganz bedeutende Schädigungen. An sittlich vollkommenen Kindern ist die Arbeit unmöglich, an den übermüdeten zur Schule kommenden außerordentlich erschwert, da sie trotz aller Mühe einschlafen. Aus den verschiedensten Orten seien sehr viele Berichte gekommen, so aus Mühlhausen, Schmalla, Hannover u. s. w. Sittlicher Fleiß und Fortschritte seien in erschreckend großer Zahl durchaus ungenügend. Das gelte auch von den ländlichen Bezirken, in denen obenin die Schulzeit vieler Kinder ganz bedeutend verkürzt werde. Ganz unbegreiflich sei es Angesichts dieser Thatfachen, daß die Erziehungsbefugten erklären, sie könnten die Kinderarbeit nicht entbehren. Wenn man sich von dieser Seite zu berichten habe, zeige die Forderung des 1. Grades, der Herabsetzung der Schulzeit um 1 Jahr verlangt und dieselbe Zustimmung gefunden habe. Man sehe hier kulturfeindlichen Bestrebungen gegenüber, die man nicht leicht nehmen dürfe und gegen die man auf das Bestimmteste protestieren muß.

Die Hauptursachen dieser Erscheinung liegen in den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit, in der geschäftlichen Produktionsweise zu suchen. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß eine Abnahme der Kinderarbeit nicht zu erwarten sei. Ihre große Entwicklung stelle zusammen mit der Einführung der Maschinen, denn vorher habe man harte, schwere Arbeiter nöthig gehabt. Das sei mit Einführung der Maschinen anders geworden; der Mann müsse jetzt noch zuhause sein, denn Frau und Kinder das verdienen helfen, was ihm selbst an Verdienst entgangen sei.

Die Fortschrittsgeschichte habe die Kinder bisher weder in den Bezirken der Hausindustrie, noch in den Großstädten zwischen hundert Frauen und darum dürfe man nicht erwarten, daß diese Verhältnisse sich von selbst ändern würden. Man habe die Kinder an den Fabriken heranzu- und in die gewerblichen Betriebe hineinzugetrieben.

Die Arbeit der Kinder überhaupt sei nicht zu vermeiden und soll nicht verworren werden, doch ist zu betonen, daß auch die Arbeit in der Schule gewissermaßen schon Arbeit sei und daß dem Kinde auch Zeit für Spiel und Erholung bleiben muß.

Die soziale Erziehung ist seit 1890 ins Stadium getreten, doch haben das Fortschritt Programm der Sozialdemokraten und der letzte Congress in Zürich sich mit Abschaffung der Kinderarbeit entschieden. Man geht davon aus, daß in seiner Theorie aufgestellten Forderungen ein und nämlich, daß dem weitaus meisten Kindes des Lehrjahres gelingen müge, den Deutschen „Kinderarbeit“, der einer Million deutscher Kinder ein Verdienst zu erlangen. Wir müssen nicht nur Erzieher unserer Kinder, wir müssen sie für sie auch kämpfen sein. (Beifall.)

In der Diskussion sprach ein Herr Lehrer Nide aus Köpenick (Landkreis Berlin) besonders die Herren vom Centrum, Graf Beckler u. s. w., in Schutz zu nehmen gegen die Forderung, daß sie für die Arbeit der Kinder seien und wenn man den Grundwahrheit, daß die Beschäftigung von Kindern auf dem Lande nicht etwa 3-4 Stunden lang eine solche Arbeit sei. Der eigenartige Kinderstreik wurde von der Versammlung insbesondere von Herr Lehrer H. a. d. W. durch, bestätigten nachgehenden.

Nach einem Schlußwort des Referenten werden 4 Voten des Referenten in folgender Fassung angenommen:

1. Instruktion Beobachtungen und sorgfältige Erhebungen haben ergeben, daß die gewerbliche und landwirthschaftliche Kinderarbeit in weiten Gebieten des Reiches eine überaus große Verbreitung gefunden hat.

2. Es liegt nahe und ist vielfach nachgewiesen, daß durch diese Beschäftigung die Entwicklung, die Bildung der Kinder in körperlicher, geistiger, sittlicher Hinsicht, endlich, den Stoff der Beschäftigung der Kinder in der Schule gefährdet und daß diese Beschäftigung die geistige Entwicklung verlangsamt, daß jeder durch gewisse Beschäftigungen (Hausarbeit, Wirthschaft der Familienangehörigen, Arbeit in kleinen Betrieben u. s. w.) oder in Folge ungenügender Nahrung und unzureichender Bekleidung der Kinder die moralische Erziehung leidet.

3. Durch Annahme auf der Schule schwerwiegende Hindernisse; hier bestehen in Ermüdung und Ermüden der Kinder während des Unterrichts, in ungenügender Beschäftigung, in Mangel an Aufmerksamkeit der Kinder, in ungenügender körperlicher, geistiger, sittlicher Entwicklung und in ungenügender Bekleidung, sowie darin, daß die erwerbsthätigen Kinder in Folge der körperlichen Ermüdung leicht zum Fahren für die Schule und zur Beschäftigung in den Fabriken gezwungen werden.

4. Es ist die Kinderarbeit an sich bei vollständiger Bekleidung der Kinder nicht zu vermeiden, da es sich nicht um die Bekleidung der Kinder, sondern um die Bekleidung der Eltern handelt, die die Kinder zur Arbeit zwingen. Die vollständige Bekleidung

während des schulpflichtigen Alters ist zu erstreben.

5. So lange aber die sozialen Verhältnisse, namentlich die Nothlage zahlreicher Familien, die Durchföhrung dieser radikalen Maßregel noch unmöglich machen, muß wenigstens eine weitgreifende Einschränkung der Erwerbsthätigkeit der Kinder angeordnet werden. Nach dieser Richtung hin erscheint als durchaus notwendig:

a. Das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Aufnahmehahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder, insbesondere Befreiung der Hülfskinder, sowie solcher Dispensationen vom Schulbesuch, die im Interesse der Erwerbsthätigkeit stehen.

b. Jede erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, sowie die Accordarbeit und Doppelbeschäftigung ist zu verbieten.

c. Ebenso die Arbeit älterer Kinder Morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr Abends und an Sonntagen.

d. Die Dauer der regelmäßigen täglichen Beschäftigung ist auch während der Ferien möglichst kurz zu bemessen. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind.

e. Ganz zu verbieten ist: Hausiren, Beschäftigung in Wirthshäusern, bei Schaustellungen und bei Treibjagden.

f. Die staatliche Aufsicht ist auch auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft auszu dehnen.

6. Die Deutsche Lehrerverammlung spricht den lebhaften Wunsch aus, daß die kürzlich seitens der Reichsbehörden angenommene Statistik über die erwerbsmäßige Arbeit schulpflichtiger Kinder unter vermehrter Berücksichtigung der Belastung der Kinder durch die Arbeit in regelmäßigen Abständen wiederholt und auch auf die Arbeit in der Landwirtschaft ausgedehnt werde.

Arbeitsnachweise als Mittel zur Anhebung der Arbeiter.

Der Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona plant am 5. September d. J. eine Arbeitsnachweis-Conferenz. Daß die deutschen Arbeiter von den Intentionen dieses Verbandes nicht viel Gutes zu erwarten haben, lehrt, außer den Erörterungen aus dem Hamburger Arbeiterkongress, eine Rede des Generalsekretärs dieses Verbandes, Herrn Dr. Oskar Martens, die er in der Hauptversammlung des Vereins der Metallindustriellen der Provinz Hannover gehalten hat. Er sagte:

Unverfälschte Vorbedingung ist: die Benützung des Arbeitsnachweises muß für die Vereinsmitglieder, zum Mindesten für die am Orte befindlichen, obligatorisch sein. Hierdurch werden nicht nur die Arbeiter vor den schädlichen ethischen und physischen Einflüssen des herumlaufens nach Arbeit bewahrt, die Arbeitgeber gegen Belästigungen durch Arbeitssuchende vor und in ihren Betrieben geschützt, den sich greifenden Mißbräuchen bei der Annahme von Stellen durch die Arbeitgeber ein Ende gemacht, sondern es hebt auch der Umstand, daß die Arbeiter nur durch das Bureau Arbeit bekommen können, das Ansehen des Arbeitsnachweises in den Augen der Arbeitssuchenden ganz außerordentlich. Einmalige Oppositoren werden hierdurch meistens bald gefügig gemacht, das Bureau im Arbeitsnachweis wird das Grundgesetz und viele nur durch den Arbeitsnachweis zu erreichende Nebenverdienste können so vervollständigt und erfüllt werden. (11)

Es kann aber nicht genug wiederholt werden, daß gerade die obligatorische Benützung des Arbeitsnachweises der Anstalt Halt und Rückgrat giebt. Sobald die Gehälterfrage für die Arbeitgeber kann sie in der Weise erledigt werden, daß in Unternehmungen-Maßnahmen keinesfalls irgendwelche Schäden den den Arbeitssuchenden erhoben werden dürfen. Ein al haben in neuerer Zeit immer weitere Kreise mit wachsender Neugier auf die ungenügende Bewährung des Arbeitsnachweises geschaut, denn aber auch es dem Stellenjuchenden hat zum Besten kommen, daß er in dem Bureau innerlich Befriedigt gefühlt worden hat und bezogen, sobald er hier auf Nachweisung von Arbeit verweist, daß den Anordnungen, besonders in Betreff der Vergütung von Stellen, Entlassungsbedingungen u. s. w. folgen hat. Arbeitsnachweis, also bei Einführung von Entlassungen oder Nachverpflichtungen, würde das Rechtssystem und das Wohlstand der Arbeiter auf Beschäftigung an der Seite des Arbeitssuchenden gegeben werden. Soll aber ein Arbeitsnachweis nicht nur seine ursprüngliche Aufgabe, sondern auch die Aufgabe, die er als ein Mittel gegen den Konkurrenz der Arbeiter im Arbeitsnachweis bilden. (11) hat er Schutz genommen gegen Social-Demokraten, Fabrikanten und Gewerbetreibenden, so muß er frei von allen fremden Faktoren und fremder Beeinflussung sein.

Demnachstehend wird die Beschäftigung städtischer und ländlicher Behörden an der Verwaltung der Arbeitsnachweise abgelehnt. Mit größerem Interesse als hier kann es nicht mehr angebracht werden, daß man beschließt, die Arbeitsnachweise zu einem Mittel für die gewerbliche Anhebung der Arbeiter zu machen. Es würde den Eindruck zur abzumachen, wenn man ein Wort der Kritik hören würde. Die Arbeiter werden immer, was auf dem Spiele steht. Und dabei kommt man immer — der Deutschen sollte die Wohlparole.

* Die Beiträge zu unserem Parterreband, welche nach der Leistung des Parterrebandes im Monat April die Summe von 40,000 Mark übersteigen, geben dem Berliner Comitee der „Sozialen Bewegung“ zu allen häuslichen Verwendungen. Der altemannische Schriftsteller scheint wieder der Ansicht zu sein, daß es den Arbeitern nur gegeben sein dürfte, Gelder für Kumpen u. s. w. herzugeben. Im Hinblick auf die geringen Beiträge, welche für die dortige Jugend gesammelt werden in Gegenwart der Beschäftigten des Landes, daß viel mehr Kinder zu haben, versehen wir je diesen Wunsch völlig zu widerlegen. In der Comitee-protokolle macht es den Unternehmungen für Arbeitsnachweise. Da ist der Comitee jeder in Berlin. Derselbe folgt an: Der hat auch etwas übrig für die Arbeitsnachweise in Berlin, damit die zum Inhalt des Parterrebandes gehörigen 30,000 Mark zusammen kommen. — Herr Reich in Berlin spricht mit, daß die Mittel fehlen, um die in den bezogenen bezogenen Kinder zu erhalten und nicht zu geben. — Herr Reich in Düsseldorf bei Berlin sagt an: „Sehr sehr! Sehr dankbar Berlin! Sollt Du ganz verzweifeln den „Arbeitsnachweis“, den Du so lieblich und gut bisher unterstüßt hast?“ Dort und noch zwei Kumpen u. s. w. herzugeben, und wenigstens etwas für die Arbeitsnachweise. — Herr Reich in Essen macht einige für die Arbeitsnachweise in Essen: „Sollt Du denn verzweifeln, den einen Arbeiter mit einem guten Kumpen?“ In Essen sollte ich die Bekämpfung der Kinder erhalten und in Essen soll ich mit den Kindern der einen Kumpen haben. — Herr Reich in Berlin erklärt folgenden Inhalt: „Herr Reich, kein Kumpen, kein Kumpen, aber die einen Arbeiter in Essen-Berlin u. s. w. herzugeben. — Herr Reich in Essen: „Herr Reich, kein Kumpen, kein Kumpen, aber die einen Arbeiter in Essen-Berlin u. s. w. herzugeben.“ — Herr Reich in Essen: „Herr Reich, kein Kumpen, kein Kumpen, aber die einen Arbeiter in Essen-Berlin u. s. w. herzugeben.“

barmherzig Euch liebe Glaubensgenossen, unserer großen Noth in Kolberg, wo die ungeliebten Kirchenschulden — 80,000 Mk. — uns zu erdrücken drohen.“ so bittet Pfarrer Rasche. — „Zur Tilgung der Bauschulden und zur Ausschmückung der St. Josephs-Kirche in Königsberg erbittet milde Gaben Fr. Buchali, Curatus.“ — Pfarrer Haase in Driesen bittet um Almosen, damit er den begonnenen Bau der so nothwendigen Marienkirche zu Ende führen kann. — In Pstronsna, Kreis Hybnik O.S., steht ein im höchsten Maße baufälliges Gotteshaus. Ein geistlicher Würdenträger soll beim Anblick desselben vor kurzer Zeit ausgerufen haben: „Welches Elend, welche Armut, es ist, als ob die Menschen für ihre eigene Heimath kein Gefühl hätten, denn von dem Strom der christlichen Milthatigkeit, welcher in die weite Ferne fließt, scheint nichts zur Linderung des eigenen, heimischen Elends ablenkbar zu sein!“ — Eine „entsetzliche“ Kirchennoth soll auch in Randzin herrschen. Aber die Mittel, den Bau beginnen zu können, fehlen gänzlich. Die etwa 1800 Gemeindeglieder sind arm und einen Patron, der zum Beitrag verpflichtet wäre, haben sie nicht. Curatus Wontropka bittet daher um einen „Baupfeiler“.

Bei dieser großen Kirchennoth und der noch größeren an Mitteln, ist es erklärlich, wenn die Ultramontanen mit scheelen Augen nach unserem Parteifond blicken. Wir möchten den Herren vom Centrum den Rath ertheilen, dafür zu sorgen, daß höhere Löhne gezahlt werden, damit auch die religiös gennanten Arbeiter etwas für Kultuszwecke thun können. Heute ist das, wie die angeführten Beispiele beweisen, nicht möglich.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 2. Juni. Die Adershofer Illuminationsaffaire wird abermals, und zwar in zweifacher Form, die Gerichte beschäftigen. Zunächst wollen sämtliche Befragte Berufung gegen das Urtheil des Adershofer Schöffengerichts einlegen, und zwar hat man sich zu dieser Maßnahme entschlossen, da die höhere Instanz nur die principiell wichtige Frage des großen Unfugs entscheiden soll; ferner wird das Flugblatt, welches die Aufforderung zur Illumination enthält, seines aufreizenden Inhaltes wegen Veranlassung zu einer Anklage geben.

Wien, 2. Juni. Nach dem Verlauf der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zu schließen, ist jede Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Deutschen und der Regierung ausgeschlossen. Die Sprachenrede wurde fortgesetzt; kein einziger Redner wird sich aus der Rednerliste streichen lassen. Sollte die Majorität versuchen, die Sprachenrede gewaltsam abzubrechen, so werden die Deutschen die schärfste Opposition eröffnen.

Paris, 1. Juni. Deputiertenkammer. Das provisorische Bureau bestehend aus dem Alterspräsidenten Boysser und den aus den jüngsten Deputirten entnommenen Schriftführern, hatte während der Unterbrechung der Sitzung über die Präsidienwahl Beratungen gepflogen. Als die Sitzung unter großer Bewegung aufgenommen wurde, schlug das Bureau vor, die Wahl des Präsidenten morgen von Neuem vorzunehmen. Der Vorschlag wurde auf Befürwortung von Deschanel nach einiger Discussion angenommen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 1. Juni.

- Eheschließungen.** I. Schneidermeister Josef Reim, kath., Neisse, mit Maria Androsch, kath., Krähstraße 20. — Tischler Paul Preß, ev., Kurze Gasse 61, mit Johanna Ewin, ev., baselst. — II. Schneider Carl Sigla, kath., Bornwerfstraße 74, mit Agnes Wulke, kath., das. — III. Drechsler August Schupp, kath., Wöhrerstraße 6, mit Ottilie Schupp, ev., baselst. — Stellmacher Ernst Schaefer, ev., Kopsplatz 15, mit Pauline Cyerner, geb. Hein, kath., baselst. — Bahnarbeiter Adolf Weiz, kath., Holleistraße 16, mit Anna Leubner, ev., Sternstraße 72. — Sattler Julius Koschay, kath., Kopsplatz 13, mit Veriba Boverl, ev., baselst. — Arbeiter Friedrich Kreiser, ev., Brightenthal 30, mit Anna Scharf, ev., das. — Geburten. I. Cigarrenfabrikant Adolf Keil, kath., S. — Schuhmachermeister Josef Hornig, kath., S. — Handw. Kömmeister im Bekleidungsamt des 6. Arrondissements Bernhard Knopp, kath., S. — Kurier Josef Schiefinger, kath., S. — Arbeiter Josef Seliger, kath., S. — Arbeiter August Rucke, ev., 1. U. u. S. — Schloffer Max Stockschneider, ev., S. — Haushälter Robert Laschinsky, ev., S. — Schneider Johannes Reinländer, ev., S. — II. Steinbrücker Otto Derias, ev., S. — Mühlbauer Heinrich Hoffmann, kath., S. — Strohhutarbeiter Friedrich Adamczyk, kath., S. — Maurer Gottlieb Schalle, ev., S. — Musiker Robert Rieck, ev., S. — Bahnarbeiter Paul Böhm, kath., S. — Bildhauer Richard Bielsch, ev., S. — Friedrichsweiler Wilhelm Reppsch, ev., S. — Kaufmann Hedor Materner, kath., S. — Reflektenschmied Josef Reinlich, kath., S. — Werkführer Franz Seiffert, kath., S. — III. Schlicht Robert Knobloch, ev., S. — Kurier Gottlob Beyer, ev., S. — Arbeiter Ernst Hoffmann, ev., S. — Arbeiter August Gufmann, ev., S. — Stellmacher Hermann Ruffer, ev., S. — Zimmermann Heinrich Glennitz, ev., S. — Haushälter Karl Lamb, ev., S. — Futterarbeiter Emanuel Jure, ev., S. — Kunstgärtner Julius Schmanna, kath., S. — Feuerwehrtmann Josef Slawik, kath., S. — Rangierer Gustav Knud, ev., S. — Babehiener August Kohl, ev., S. — Maschinenarbeiter Hermann Hohl, ev., S.

- Todesfälle.** H. Maria, L. des Hülfbremsers Ernst Bender, 1/2 J. — Müller Ernst Amlang, 44 J. — Eisenbahn-Betriebsführer-Frau Johanna Eleonore Großmann, geb. Spitzer, 77 J. — Arbeiter Robert Reimann, 82 J. — Arbeiter Hermann Schmitt, 30 J. — Martha, L. des Sattlermeisters Max Höhl, 4 J. — Waldemar, S. des Formers Heinrich Krowitz, 4 W. — Fritz, S. des Haushalters August Weiler, 10 W. — Schiffsmitr. Frau Johanna Dierp, geb. Gurr, 90 J. — Schuhmacher Hermann Büttich, 24 J. — Richard, S. des Arbeiters Heinrich Rasche. — Früherer Drechslermeister Hermann Gahr, 45 J. — Tischlermeister-Frau Ottilie Döhl, geb. Richter, 71 J. — Maurerfrau Beate Demmer, geb. Buchal, 39 J. — Josef, S. des Arbeiters Franz Perraine, 3 Stunden.

Zurückgeführt
Dr. med. Albert Sachs
Spezialarzt. 1 (Königsplatz).

Mexico (Schm)
10 Stück 45 Pfg.
F. BARBAROT, Tabak- und Zigarrenfabrikant
Friedrich-Wilhelmstraße 67.

Gefäß-Öffnung!
Verstärkung der empfindlichen Gefäße
des Menschen. Dr. 20, die
Bapiergeschäft
eröffnet habe und nach Jahren
wiederholte große Erfolge aufzuweisen.
Mittels besonderer zu
Dresden, in der Nähe des
H. Kreuzerakt.

Geistliche Erziehung!
Geistliche Erziehung
von neuen und geschulten guten
Mitteln in Preußen, mit u. s. w.
ganz kostengünstig
sowie auch in sehr kleinen, aber
ebenfalls. Ein Geschäft für
Sachen und Comptoir. 5321.
Geistliche Erziehung! S. L.